



GÜNTHER SCHMID:

EUROPA IN ARBEIT
PLÄDOYER FÜR EINE NEUE
VOLLBESCHÄFTIGUNG DURCH
INKLUSIVES WACHSTUM

Campus,
Frankfurt a. M. / New York
2018

ISBN 978-3-593-50935-8
270 Seiten, 29,95 €

Wer gegenwärtig die EU mit einer positiven Perspektive verbindet, findet nur schwer Gehör. Denn die Antworten auf die europäischen Krisen erschöpfen sich meist zwischen den konträren Positionen eines pragmatischen und trotzig „Weiter so“ und eines untergangsfrohlichen Credo für die Abschaffung des Euro. Offensichtlich ist, dass die EU schon lange kein Utopia mehr ist, eher schon eine Dystopie, deren Hochkonjunktur auch am Büchertisch und in den digitalen Plattformen zu beobachten ist. Wer gegen die EU oder zumindest gegen den Euro wettet, dem wird zugehört. Wer sich hingegen um politisch realistische Reformen der EU, veränderte Grundlagen des Euro und für ein sozialeres Europa engagiert, der hat es schon entschieden schwerer.

Zur Gruppe der gegen alle Winde ankämpfenden Reformen zählt Günther Schmid, Wissenschaftler mit einer herausragenden Fähigkeit, kreative soziale Reformpolitik vorzudenken. Als ehemaliger Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) konnte er Generationen von Wissenschaftler*innen und Politiker*innen mit seinen Analysen und Ideen für innovative Wege in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik inspirieren. Günther Schmid präsentiert in seinem neuen Buch ein sozialpolitisches Reformprogramm, das die nationale mit der europäischen Ebene, den Umbau des Sozialstaates mit der Reform der EU verbindet. Sein Credo lautet: „Ohne einen europäischen Arbeitsmarkt und ohne einen europäischen Sozialstaat ist die Euro- und Finanzkrise aber nicht zu lösen. Das wiederum setzt die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie voraus“ (S. 8). Dreh- und Angelpunkt seiner reformpolitischen Überlegungen ist der Arbeitsmarkt. Denn dort werde nicht nur die Frage entschieden, ob es gute Arbeit und Lebensqualität gebe, sondern auch, ob sich die Bürger*innen positiv mit der EU identifizieren. Insofern müsse ein Programm, das ein soziales Europa und den Wandel des nationalen Sozialstaates aufeinander beziehen will, auf einer positiven Regulierung des Arbeitsmarktes aufbauen. Die Regulierung des Arbeitsmarktes sei – so Schmid – auch einer der entscheidenden Bereiche, auf denen sich das europäische Modell von den USA und China unterscheide.

Um die EU zu einer Kraft werden zu lassen, die inklusives Wachstum fördere, bedürfe es einer Reformagenda, deren Anschlussfähigkeit an bestehende Strukturen plausibel ist. Dazu müssten nationale und europäische Wege produktiv aufeinander bezogen werden. Wenn man ein Programm für die Reform der EU vorlegen könnte, das diesen Ansprüchen genügt, wäre dies gleichsam auch ein intellektuell programmatisches Angebot, das durch die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 forciert werden könnte. Ob die von Günther Schmid vorgelegte Arbeit dazu beitragen kann, will diese Rezension ergründen.

Warum ist eigentlich die Zeit vorbei, in der die EU eine positive Projektionsfläche war, nicht zuletzt, um die Angst vor der Globalisierung aufzufangen? Die Antwort darauf

scheint relativ banal zu sein. Denn anstatt die negativen Konsequenzen der Globalisierung abzubauen, ist die EU selbst in vielfältigster Weise als treibende Kraft für mehr wirtschaftliche Freiheiten, weniger kollektive Güter und mehr soziale Ungleichheit ausgemacht worden. Das hängt zunächst mit dem Euro selbst zusammen, dessen Voraussetzungen, insbesondere eine vergleichbare Produktivität, längst nicht in allen Ländern bestehen. Dann hängt dies aber auch mit der konkreten Politik der Kommission und ihrer Helfershelfer zusammen, die mehr auf Markt- als auf Sozialintegration setzen. Das alles ist für Schmid nicht irreversibel, womit er sich schon von den meisten anderen Studien, die sich kritisch mit der Lage in der EU befassen, abhebt. Schmid vertritt weder eine Dystopie noch eine Utopie, sondern ein politisch realistisches Reformprogramm, auf das sich Nationalstaaten, Kommission, Parlament, Arbeitgeber und Gewerkschaften einigen könnten, wenn sie die Prinzipien, Instrumente und Ressourcen eines sozialen Europas nicht als Schönwetter-Anhängsel der Marktwirtschaft sähen, sondern als dessen „entscheidende Produktivkraft“ (S. 9).

Der Ausgangspunkt für Schmid's Überlegungen ist die Euro- und Finanzkrise, die nur durch eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt überwunden werden könne: „Diese Studie begründet empirisch, sozialphilosophisch und politisch-ökonomisch die Notwendigkeit und Möglichkeit einer neuen Vollbeschäftigung im digitalen Zeitalter als übergreifendes Ziel einer genuin Sozialen Marktwirtschaft in Europa“ (S. 8). Im Gegensatz zu denen, die durch die Digitalisierung das Ende der Arbeitsgesellschaft kommen sehen, steht für ihn der Beginn einer „neuen Arbeitsgesellschaft“ (S. 27) oben auf der Agenda. Dabei geht er keineswegs davon aus, dass der wissenschaftlich-technologische Fortschritt apokalyptische Wirkungen entfalten könnte, die ein Ende der Arbeit zur Folge hätten. Stattdessen erkennt er in der friedlichen Koexistenz zwischen Mensch und Roboter das Potenzial wechselseitiger Aufwertung. Diese optimistische Perspektive verlange aber, die Institutionen der sozialen Sicherheit so zu arrangieren, dass Bildung, Weiterbildung, Arbeitszeitflexibilität, inklusive Arbeitsorganisation und digitale Infrastruktur an die veränderten Anforderungen angepasst werden. Im Zuge der Digitalisierung sind immer mehr Menschen durch die Arbeitsmärkte erfasst worden, zugleich hat aber auch die soziale Ungleichheit zugenommen, für die insbesondere „atypische Arbeitsverhältnisse verantwortlich sind“ (S. 36). Wenn es nicht gelinge umzulenken, könne die digitale Revolution tatsächlich zu mehr Arbeitslosigkeit und größerer Ungleichheit führen.

Eine zentrale gemeinsame Herausforderung für die europäischen Sozialstaaten, wie auch für die EU, besteht also in einer Zunahme an atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Einkommensrisiken bei kritischen Übergängen in Lebensverläufen sowie neuen sozialen Risiken (vor allem für Geringqualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende). Diese Gefährdung

gen sind gewissermaßen der Treibsand für die wachsende soziale Ungleichheit in den Ländern. Durch eine neue Sozialstaatspolitik, die in die strategischen Dimensionen inklusiver Wachstumspolitik eingebunden ist, sollten diese Herausforderungen angegangen werden. Zu diesem Zweck adressiert Schmid vor allem die Instrumente der Arbeitszeitpolitik, des Kurzarbeitergeldes, der Qualifizierung sowie kluge Formen der inneren Flexibilisierung, die durch nationale Reformen weiterentwickelt werden müssten. Beim empirischen Blick auf die Instrumente kommt er zu dem Ergebnis, dass in der freiwilligen Teilzeit ein für Beschäftigte und Arbeitgeber gleichermaßen produktives Instrument liege. Auf der Suche nach Elementen für eine inklusive Strategie verweist Schmid auf vier Ebenen: Erstens investive Sozialtransfers, zweitens geschützte Formen der Flexibilisierung, drittens Investitionen in Weiterbildung und viertens eine effiziente Regulierung des Arbeitsmarktes durch Tarifverträge und Mindestlöhne. Schmid ist kein Verfechter einer Super-EU, er wirbt für eine „Union der konzentrischen Kreise“ (S.128). Neben dem Vorrang für eine nationale Versicherungspolitik, die allerdings sukzessive durch einen tragfähigen europäischen Rahmen ergänzt werden sollte, geht es ihm inhaltlich um ein neues soziales Risikomanagement atypischer Arbeitsverhältnisse und zunehmender Übergangsrisiken im Laufe eines Erwerbslebens. Darin sieht er die zentrale Herausforderung sowohl für die nationalen Sozialstaaten als auch für das europäische Sozialmodell.

Im Zentrum seiner praktischen Vorschläge steht die systematische Auseinandersetzung mit dem seit einigen Jahren von verschiedenen Autoren verfochtenen Konzept einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Anders als bei den meisten Vorschlägen, die unter diesem Label lanciert werden, will er aber nicht unbedingt eine neue Institutionalisierung vorantreiben, sondern an die gegebenen Strukturen der europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anknüpfen, die vor allem durch die europäischen Fonds verkörpert werden: „Statt einer Europäischen Arbeitslosenversicherung (...) plädiere ich für einen Europäischen Arbeits- und Sozialfonds. Dieser soll einerseits durch ein Rückversicherungselement die autonome Arbeitslosenversicherung der Mitgliedsstaaten beim Einkommensschutz vor Ort stärken, andererseits aber den transnationalen Risiken einer gemeinsamen Währung und der grenzüberschreitenden Mobilität von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen Rechnung tragen“ (S.128).

Schmid legt mit seinem neuen Buch eine bestechende Studie vor, die theoretische Versiertheit und empirisch-analytische Professionalität mit einer ambitionierten Reformperspektive vereint. Verbunden werden volkswirtschaftliche, soziologische und politikwissenschaftliche Erkenntnisse der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsforschung mit jenen der EU-Wissenschaften. Diese Studie bietet viel von dem, was strategische Arbeit benötigt: von pointierten Problemanalysen über spezifische Instrumente bis hin zu

den langen Linien einer engen Bezugnahme zwischen nationaler und europäischer Ebene. Das Ganze wird gerahmt von der Idee eines gemeinsamen, europäischen Projektes, das auf einem soliden sozialstaatlichen Unterbau aufsetzt, der solidarischen Schutz vor den neuen sozialen Risiken verspricht. Aber eines bietet diese Studie nicht, den Stoff für eine neue Erzählung des Untergangs. Und das ist auch gut so. Man kann einwerfen, dass doch die realen Machtverhältnisse gegen eine Umsetzung dieser Reformpolitik sprächen; dass das europäische Potenzial doch nicht so umfassend ausgestattet und die EU doch auch künftig eine treibende Kraft einer neoliberalen Globalisierung sei. Das mag im Einzelnen alles zutreffend sein. Entscheidend aber ist, dass man sich damit nicht zufrieden gibt, Reformperspektiven entwickelt und sich auf diese politisch einlassen will. Schmid's analytische Programmschrift ist jedenfalls bestens geeignet, um eine neue Initiative für ein soziales Europa zu wagen. Und welcher Zeitpunkt für einen solchen Vorschlag wäre besser geeignet als die deutsche europäische Ratspräsidentschaft 2020. Dieser Kontext ist ein günstiger Handlungsrahmen, um die Politik eines sozialen Europa voranzutreiben, ohne zu vergessen, dass der Nationalstaat die entscheidende strategische Basis im Bereich der sozialen Sicherung ist. ■

WOLFGANG SCHROEDER, KASSEL/BERLIN